

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 110

Ökologische Wirtschaft – eine Alternative?

von Paul Klemmer

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Der Optimismus und Fortschrittsglaube früherer Generationen und Jahre schwindet zunehmend oder wird zumindest immer härteren Belastungsproben ausgesetzt. Dies hat viele Gründe: Ein immer größer werdender Teil unserer Wohnbevölkerung kommt persönlich oder über den Verwandten- und Bekanntenkreis mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in Berührung, viele Arbeitnehmer sehen mit Bangen den für sie fast unübersehbaren Auswirkungen des technologischen Wandels entgegen, immer mehr Menschen werden sich der möglichen Konsequenzen eines dritten und mit Atomwaffen geführten Weltkrieges bewußt, fast tagtäglich werden uns in den Medien Bilder des Nebeneinanders von Wohlstand und Hunger (Nord-Süd-Konflikt) vorgeführt, oder für viele Menschen werden immer stärker die umweltzerstörenden Auswirkungen (etwa Artenrückgang und Waldsterben) bestimmter Formen moderner Produktion und Konsumtion sichtbar.

Der Ruf nach der Alternative

Solche Erlebnisse haben Folgen. Angst kommt auf und Resignation breitet sich aus. Eine solch pessimistische Stimmungsgrundlage kann zum politischen Problem werden, wenn sie Bewegungen auslöst, die Schuldige und Ursachen benennen, monokausal denken und ganze Gesellschaftssysteme in Frage stellen. Genau dies läßt sich gegenwärtig beobachten. So wird zur Zeit von vielen, die sich zur sog. „alternativen Bewegung“ zählen, die Richtigkeit der bisherigen Lebens- und Wirtschaftsweise angezweifelt und der Eindruck erweckt, die Menschheit stünde heute an einer Schwelle, deren Überschreiten in das eigene Grab oder zur Selbstvernichtung führe. Diese Angst verbindet sich bei manchem auch mit dem Ekel an den Lebensgewohnheiten einer saturierten Gesellschaft. Weltuntergangstimmung wird gepflegt und der Ruf zum entscheidenden Kurswechsel ertönt.

Die neue Devise lautet: Es muß und soll alles anders werden. Problemlösung erhofft man sich von einer alle Lebensbereiche erfassenden alternativen Lebensweise. Friedenssicherung, Umwelterhaltung und die gerechte Verteilung werden hierbei zu den entscheidenden Postulaten erhoben und der totale Umbruch zum allein seligmachenden Weg erklärt.

Gerade dieser Anspruch, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein und jegliche Alternative zur „alternativen Bewegung“ zu leugnen, kann aber auch zu einer fast totalitären Bedrohung der Gesellschaft werden und verlangt daher eine kritische Diskussion der angepriesenen Problemlösungsstrategien.

Eine wichtige Teilstrategie ist hierbei die Forderung nach einem naturfreundlichen und humanen Wirtschaftssystem. Inwieweit es einen Ausweg aus der Umweltkrise bietet, soll kurz geprüft werden.

Die These vom Umweltengpaß

Belege für die Dringlichkeit des anstehenden Umweltproblems braucht man heute nicht lange zu suchen. Sie sind auch für den Normalbürger augenfällig und bekannt geworden: Todesfälle durch Smog-Katastrophen, Quecksilbervergiftungen, Giftrückstände in Nahrungsmitteln, Eutrophierung von Seen, Flüssen und Küstengewässern, Waldsterben aufgrund von Luftverunreinigungen, weltweiter Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre oder Transport- und Entsorgungsprobleme von Chemikalien und radioaktiven Abfällen. Die Zusammenhänge zwischen den Problemen der Bevölkerung, den Ressourcen und der Umwelt einerseits und der wirtschaftlich notwendigen Entwicklung andererseits finden samt Auflistung der wichtigsten Umweltprobleme in vielen Berichten ihren Niederschlag. An neueren zusammenfassenden Übersichten sind etwa zu nennen: das „Umweltgutachten 1978“ des deutschen Sachverständigenrates für Umweltfragen, „Global 2000“, „Japan's Basic Directions in Coping with Global Environment“, „Interfutures der OECD“, „Weltstrategie zur Erhaltung der Umwelt“ der IUCN und „The World Environment 1972–1982“ der UNEP. Insofern kann man der „alternativen Bewegung“ kaum den Vorwurf machen, sie spiele ein belangloses Problem zur Krise hoch. Vielmehr trifft es zu, daß die Belastung der Umweltmedien Wasser, Luft und Boden tendenziell immer noch ansteigt und in vielen Bereichen eine Gefährdung des Menschen mit sich bringt. Hierbei ist weniger die Erschöpfung der Rohstoffvorräte, sondern die begrenzte Regenerationsfähigkeit unserer natürlichen Umwelt das eigentlich anstehende Umweltproblem. Der Mensch stellt nämlich fest, daß er Teil eines umfassenden Ökosystems, d. h. einer weit definierten wechselseitigen Abhängigkeit von Menschen, Tieren, Pflanzen und anorganischer Umwelt ist. Er prägt diese Systeme, indem er Boden, Wasser und Luft für sich in Anspruch nimmt oder in diese Medien Schadstoffe einträgt. Damit kann er bestimmte Glieder dieser Ökosysteme besonders empfindlich treffen, was Anpassungsreaktionen auslöst. Letztere können hierbei so weit gehen, daß bestehende Systemgleichgewichte drastisch gestört werden und ein lokaler, regionaler oder globaler Zusammenbruch droht. Dann werden ökologische Engpässe bzw. die Grenzen der sog. „ökologischen Tragfähigkeit“ sichtbar.

Es gibt Weltmodelle, etwa die vom Klub von Rom in Auftrag gegebenen bzw. finanzierten Computer-Modelle, in denen derartige Engpässe als „Endzeitkurven der Erde“ zum Vorschein kommen. Sie führen zum in der Zwischenzeit bekannt gewordenen Bild vom „Raumschiff Erde“, dessen Funktionsfähigkeit bei unveränderter Lebens- und Wirtschaftsweise der Passagiere in Frage gestellt zu sein scheint.

Mit der Feststellung von der mit der Umweltzerstörung verbundenen Gefährdung des Menschen verbindet sich heute noch eine neue Sensibili-

tät für das nichtmenschliche Leben. Den Tieren und Pflanzen wird eine nicht vom Menschen her zu erklärende Existenzberechtigung zugebilligt. Der Arten- und Naturschutz wird zum Anliegen erhoben, der nicht zu leugnende Artenrückgang als Zeichen einer unerfreulichen Entwicklung, härter: als ethisch nicht zu verantwortender Skandal, angesehen. Diese normative Position wird besonders engagiert von der alternativen Bewegung vertreten.

Grundzüge des „alternativen Wirtschaftssystems“

Der Begriff des „alternativen Wirtschaftssystems“ steht hier als Oberbegriff für eine bis jetzt noch mehr oder weniger lose Ansammlung von Programmpunkten mit eher bruchstückhaftem Charakter. Mit anderen Worten: Es gibt noch kein geschlossenes Wirtschaftsprogramm der alternativen Bewegung, sondern eher ein buntes Nebeneinander sich teilweise widersprechender Forderungen, die vor allem durch vier Grundsätze zusammengehalten werden, die da heißen: ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei.

Die alternative Bewegung geht hierbei von einigen grundlegenden Annahmen aus. So stellt sie nicht nur die These vom Ende der Wachstumsgesellschaft, vom Erreichen der ökologischen Tragfähigkeit oder von der umweltbedingten Gefährdung des Raumschiffes Erde in den Vordergrund. Das entscheidende Stichwort lautet vielmehr: „Ökologische Krise“. Dieses Stichwort beinhaltet aber nicht nur die Belastung und Zerstörung des Naturhaushaltes, sondern betont ausdrücklich auch die Beeinträchtigung der Lebensqualität von Menschen sowie sozialer Systeme. Insofern bezieht sich die These von der „ökologischen Krise“ auch auf jene menschliche oder gesellschaftliche Gefährdung, die aus dem angeblich „inhumanen Charakter“ bisheriger Produktionstechnik, Arbeitsorganisation oder bisheriger Fehlorganisation des politischen Planungs- und Entscheidungsprozesses resultiert. Eine Fehlorganisation liegt dann vor, wenn sogenannte „objektive Krisen“ (hier wird neuerdings zumeist auf den krisenhaften Prozeß des Wettrüstens verwiesen) nicht in das Bewußtsein der politischen Entscheidungsträger dringen oder sogenannte „Interessengruppen“ (z. B. Rüstungsindustrie) den Bewußtseinsbildungsprozeß und damit eine rechtzeitige Politikanpassung oder -reaktion zu blockieren vermögen. Dann muß es zum Systemuntergang oder zur von der alternativen Bewegung angestrebten Systemevolution (Evolutionsfortschritt) kommen.

Ist-Aussagen (z. B. These vom angeblichen Wachstumsengpaß) werden somit mit einem bunten Katalog normativer Forderungen verknüpft. Sie betreffen die Humanisierung der Arbeits- und Sozialwelt, die gerechte Verteilung des Wohlstandes, die Friedenssicherung sowie die Forderung

nach mitkreatürlicher Solidarität. Geschlußfolgert wird eine neue Ethik, eine Neuorganisation der Wirtschaft und Gesellschaft und ein drastischer Wandel menschlicher Verhaltens- und Lebensweisen. Zwischen Friedenssicherung, Umwelterhaltung und gerechter Wohlstands- bzw. Arbeitsverteilung wird hierbei ein enger Zusammenhang gesehen. Der Begriff der „ökologischen Krise“ wird damit zum Vehikel eines umfassenden gesellschaftspolitischen Programms. Mit einem fast unüberbietbaren Selbstbewußtsein werden alle historisch gewachsenen Institutionen, Verhaltensmuster und Prinzipien in Frage gestellt und die Systemevolution gefordert.

Die Schuldzuweisung

Das der Systemveränderung dienende gesellschaftspolitische Programm möchte die Ursachen der so definierten ökologischen Krise beseitigen. Zu diesen Ursachen werden von der alternativen Bewegung folgende Tatbestände gezählt:

- die rapide Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt,
- die Großtechnologie bzw. die sich verselbständigende Technologieentwicklung (Begünstigung der Großindustrie),
- eine überentwickelte internationale und interregionale Arbeitsteilung,
- die dominierenden „Gesetzmäßigkeiten“ der marktwirtschaftlich und kapitalistisch geprägten Warenproduktion,
- die mangelnde demokratische Rückkopplung der politischen Entscheidungsträger mit der sog. „Basis“,
- eine analytisch-mechanistisch ausgerichtete Wissenschaft, welche das technokratische Denken begünstigt und daher primär herrschaftsorientiert ist sowie
- das in Form von Waffen gespeicherte Zerstörungspotential sowie der politische Einfluß des militärisch abhängigen Industriekomplexes.

Schlußfolgerungen für die alternative Wirtschaft

Demzufolge fordert man zur Durchsetzung eines „alternativen Wirtschaftssystems“ die ausdrückliche Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der Sozialproduktsberechnung (soziale und ökologische Buchhaltung), die Beschränkung oder den Verzicht auf Produkte und Produktionsverfahren, welche die ökologischen Gleichgewichte, den Frieden oder die soziale Harmonie stören oder gefährden, den sparsamen Umgang mit Rohstoffen, die Herstellung dauerhafter Güter und die Wiederverwertung gebrauchter Waren und Abfälle. Erreicht werden soll dies über die Abschaffung der Markt- oder Wettbewerbswirtschaft, die als

Quelle der (umwelt-) ausbeuterischen Wachstumswänge angesehen wird, über eine dezentrale (verbrauchernahe) Produktion mit zurückgeschraubter nationaler und internationaler Arbeitsteilung, über den Verzicht auf Großtechnologie bei stärkerer Berücksichtigung sanfterer Kleintechnologie, über eine mehr oder weniger zentral angesiedelte Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung von neuen Gütern und Verfahren und eine (nur vage erläuterte) Wohlstands- und Arbeitsumverteilung. Die Umverteilung soll vor allem eine ausreichende Versorgung mit gebrauchts- und umweltgerechten Gütern und Dienstleistungen sowie eine von der Arbeit abgekoppelte gerechte Verteilung der geschaffenen Werte sicherstellen. Die Arbeitswelt soll durch mehr Selbstbestimmung und Abbau der Entfremdung geprägt werden. Letzteres soll wiederum vor allem über Verzicht auf Großtechnologie sowie über eine Dezentralisierung und Basisdemokratisierung erreicht werden. Weiter soll es keine individuelle Verfügungsgewalt über Produktionsmittel mehr geben, und Wirtschafts- und Sozialräte sollen als demokratische Selbstverwaltungsgremien die wirtschaftlichen Aktivitäten der dezentralen Produktionseinheiten auf ihre soziale und ökologische Verträglichkeit hin überwachen. Besondere Bedeutung wird der Dezentralisierung und Demokratisierung beigemessen. Sie sollen eine stete Rückkopplung der politischen Entscheidungsträger an die humaner denkende und ökologisch orientiertere Basis erzwingen.

Rudimentäres Programm

Diese Kurzdarstellung macht deutlich, daß es sich bei dem alternativen Gestaltungskonzept der Wirtschaft um ein noch sehr rudimentäres Programm handelt, welches viele Elemente marxistischer Herkunft (etwa weitgehender Verzicht auf Privateigentum an Produktionsmitteln oder auf die marktwirtschaftliche Abstimmung der einzel- oder gruppenwirtschaftlichen Planungen) übernimmt. Von der klassischen sozialistischen Bewegung hebt es sich aber wiederum durch eine stärkere Naturorientierung, die Kritik der Großtechnologie, eine Betonung des autarken Wirtschaftens sowie eine beachtliche emotionale Komponente (Problematisierung von Werten wie Disziplin, Leistung, Ordnung; dafür stärkere Betonung der kleinen Gemeinschaften, der Geborgenheit sowie teilweise auch der Askese und des Verzichts auf materiellen Wohlstand) ab. Es enthält sicherlich auch einige überlegenswerte Ansatzpunkte (etwa Kritik der Zentralisierungstendenz im politischen Bereich oder die Neubewertung der Schattenwirtschaft), wirkt insgesamt aber noch sehr unausgewogen. Vor allem beruht es auf einigen problematischen Annahmen und ist hinsichtlich seiner Auswirkungen bei weitem noch nicht durchdacht.

Umwelt und Wirtschaftswachstum

Das beginnt bereits mit der These vom angeblichen Erreichen der ökologischen Tragfähigkeit oder dem Leugnen jeglichen weiteren Wachstumsspielraums. Zeigt doch die wissenschaftliche Diskussion, daß die von den Alternativen als Kronzeugen benutzten Weltmodelle eher die Situation eines Autofahrers wiedergeben, der sich bei stark verschmutzter Frontscheibe vor allem mittels des Rückspiegels und seiner bisherigen Wegeerfahrung ein Bild von der vor ihm liegenden Fahrbahn machen muß. Jedermann weiß, daß man die im Rückspiegel erfaßte Wegestrecke nicht ohne weiteres fortschreiben darf, sondern sich auf Überraschungen (Innovationen) einstellen muß. Genau dies ist auch im Bereich der Wirtschaft und in ihrem Verhältnis zur Umwelt oder zu endlichen Ressourcen der Fall. Sicherlich stimmt es, daß bei unveränderter Energieverwendung und -verschwendung ein weiteres Wirtschaftswachstum längerfristig eine Gefährdung des Wärmeleichgewichts der Erde herbeiführen müßte. Wirtschaftswachstum und Energieeinsatz sind aber keineswegs streng miteinander verknüpfte Größen. Dies zeigen die Daten der letzten zehn Jahre. Hier haben vor allem die steigenden Energiepreise zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch geführt und damit belegt, daß das Wirtschaftssystem auf die eine steigende Energieknappheit signalisierende Energiepreisexplosion durchaus reagierte. Wichtig war nur, daß die sich anbahnende Knappheitssituation preiswirksam wurde.

Weiter ist zu bedenken, daß ein großer Teil der bisher in den Boden, das Wasser oder die Luft eingebrachten Schadstoffeinträge auch Ausdruck mangelnden Wissens über die damit verbundenen (Langzeit-)Wirkungen waren und erst die Erweiterung des Erkenntnishorizonts uns stärker mit den Konsequenzen unseres Handelns vertraut machte. Die Wirtschaft konnte und mußte darum lange Zeit die Umweltressourcen als Gegebenheiten betrachten, die unerschöpflich und zum Nulltarif zur Verfügung standen. Billige Produkte werden aber stets verschwenderisch genutzt. Dies gilt für alle Wirtschaftssysteme und darf daher nicht einseitig dem marktwirtschaftlichen System angelastet werden. Mit einer gewissen Berechtigung kann man sogar behaupten, daß Emissionen der meisten (technisch vergleichbaren) Anlagen der sozialistischen Länder über dem Niveau westlicher Volkswirtschaften liegen. Erst in dem Maße, wie die Wirkungszusammenhänge sowie die Knappheit und Empfindlichkeit unserer Umwelt bewußt werden und diese Knappheit auch in die Informationssprache der Wirtschaft, das sind die Preise, übersetzt wird, kommen die Anpassungsreaktionen im Sinne eines sparsameren Umganges mit den Umweltmedien, eines vermehrten Einsatzes von Schadstoffrückhaltetechnologien und der Entwicklung spezifischer Wirtschaftszweige, die sich mit Umweltschutzeinrichtungen beschäftigen, zum Vorschein.

Auch die vielzitierte „ökologische Tragfähigkeit“ ist keine unveränderliche Größe. Vielmehr sind viele Ökosysteme gestaltbar und darum hinsichtlich ihrer Erneuerungsfähigkeit auch beeinflussbar. Haben in der Vergangenheit die Züchtungseffekte bei Tieren und Pflanzen zur Erweiterung unseres Nahrungsmittelspielraums beigetragen, können ähnliche Anstrengungen auch die ökologische Tragfähigkeit erhöhen. Auch diese Möglichkeiten lassen sich mit nur auf Vergangenheitsannahmen aufbauenden Modellen kaum befriedigend prognostizieren.

Normative Implikationen

Die Beeinflussung der ökologischen Tragfähigkeit wirft jedoch die Frage auf, inwieweit es nicht doch normative Grenzen menschlicher Macht über die Natur gibt. Hier ist festzuhalten, daß die biblisch-christliche Botschaft die natur-religiöse Tabuisierung der Welt letztlich aufgehoben und damit auch befreiend gewirkt hat. Natur wurde als „Geschaffenes“ erkannt, mit dem man nicht nur umgehen kann, sondern dies auch darf. Insofern gibt es keine prinzipielle Unantastbarkeit der Natur, sicherlich aber auch keinen Freibrief für Beliebigkeit. Es ist aber ein Unterschied, ob die personale Würde des Menschen oder die Existenz von Tieren und Pflanzen zur Disposition steht.

Es ist darum nicht vertretbar, ausgehend von den vielfach als Kronzeugen beanspruchten „Weltmodellen“ und dem Prinzip der Unantastbarkeit der Natur, in Wachstumspessimismus zu verfallen oder auf die Ausschöpfung bestehender Wachstumsspielräume zu verzichten. Man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, daß die alternative Bewegung die Konsequenzen ihres vielfach geforderten Abgehens vom Wachstumskurs bagatellisiert oder nicht zur Kenntnis nehmen will. Vor allem werden die unausweichlichen Verteilungskonflikte heruntergespielt. Man unterstellt einen neuen Menschen, der zur Selbstbescheidung, mitkreatürlichen Solidarität und Askese fähig ist. Wie aber eine derartige „Gesellschaft von Heiligen“ herbeizuführen ist, bleibt weitgehend offen. Hier bekommt die alternative Bewegung fast pseudo-religiösen Charakter, wenn sie die Problemlösung nicht von der erlösenden Tat Gottes erhofft, sondern mit der Möglichkeit der Selbsterlösung spekuliert. Bleibt dieser erwartete grundlegende „Gesinnungswandel“ der Menschen aber aus, müssen bei Nullwachstum die Verteilungskämpfe zunehmen.

Dezentralisierung und Abkopplung

Problematisch ist es auch, wenn in dem Konzept des alternativen Wirtschaftens die Dezentralisierungsidee mit der Forderung nach Abbau der

interregionalen und internationalen Arbeitsteilung verbunden wird. Hier klingt ein Abkopplungsgedanke oder eine Art „Aussteigermentalität“ an, die nicht zur Kenntnis nehmen möchte, daß eine solche Handelsentflechtung vor allem die Ärmsten der Armen, nämlich die unterentwickelten und bevölkerungsmäßig explodierenden Entwicklungsländer treffen würde.

Hinzu tritt die Frage, wer die autarken Bereiche, die dezentralen Gruppen bestimmt und das Ausmaß restlicher Verflechtung festlegt. Hierauf geben die vorliegenden Programme kaum Auskunft. Offen bleibt auch die Antwort auf die Frage, wer, da der marktwirtschaftliche Abstimmungsprozeß außer Kraft gesetzt werden soll, die dezentralen Entscheidungen koordiniert. Impliziert dies nicht doch eine zentrale Steuerung?

Totalitäre Züge

Läßt man daher die Gesamtheit der zum alternativen Wirtschaften geäußerten Vorstellungen Revue passieren, verstärkt sich doch die Befürchtung, daß die Realisierung dieses Systems mit ganz beachtlichen Eingriffen in die persönliche Freiheit und mit einem deutlichen autoritären, wenn nicht sogar totalitären Zug verbunden sein muß. Dies wird auch überall dort sichtbar, wo die Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung von Produkten und Produktionsverfahren angesprochen oder die von der Arbeitswelt getrennte Verteilung der volkswirtschaftlichen Produktion skizziert wird. Dies verlangt nämlich eine Fülle von Anträgen, Prüfverfahren und Genehmigungsprozessen. Damit wird die bereits bestehende Bürokratisierung verstärkt und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gemindert. Gebote, Auflagen und Verbote werden zu bevorzugten Durchsetzungsinstrumenten, und die unternehmerische Risikobereitschaft und der private Investitionswille demzufolge sinken. Auch die Abkopplung der Güterverteilung von der Arbeitsleistung muß demotivierend wirken. Unabhängig von der Beantwortung der Frage, wie ein hochentwickeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland sich von der bereits realisierten Großtechnologie verabschieden kann, muß daher die Arbeitsproduktivität abnehmen. Dies löst steigende Güterpreise und eine sinkende internationale Konkurrenzfähigkeit aus. Wie der damit verbundene Wohlstandsverlust verkraftet und der für ein rohstoffarmes Land notwendige Güterimport weiterhin finanziert werden soll, wird nicht näher dargelegt.

Problematisch ist auch die angekündigte Organisation des politischen Planungs- und Entscheidungsprozesses. So soll in der zum Ziel erhobenen basisdemokratischen Gesellschaft die Verabschiedung der Gesetze und Vorschriften im Wege „direkter Demokratie“ erfolgen. Wenn, wie dies z. B. im Bundesprogramm der Grünen anklingt, in einer unabhängigen

Verwaltung außerdem stets eine „sich selbst verselbständigende Herrschaftsordnung“ gesehen wird, muß es hinsichtlich der Legislativen und Exekutiven zu einer Aufhebung der Gewaltenteilung kommen. Die Einführung des imperativen Mandats und der Zwang zur steten Rückkopplung der politischen Entscheidungsträger mit der Basis müssen eine fatale Politisierung aller Lebensbereiche herbeiführen und eine Minderung der Kompromißbereitschaft sowie eine Emotionalisierung und gesellschaftliche Polarisierung bewirken.

Es ist daher nicht auszuschließen, daß die unter dem Begriff der Ökowiirtschaft zusammengefaßten Vorschläge die soziale Tragfähigkeit einer Gesellschaft überfordern werden. Dies gilt um so mehr, als das bisher vorgelegte Konzept noch fragmentarischen Charakter hat und wichtige Teilfragen, wie etwa nach der Rolle des Geldes in der Ökowiirtschaft und der sich hieraus ergebenden internationalen Währungs- und Wirtschaftsordnung, kaum behandelt. Man muß darum vor den Konsequenzen dieses erst skizzenhaften Experiments warnen.

Ansatzpunkte für eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie

Damit sollen nicht die Augen vor den zumeist zutreffend geschilderten Umweltproblemen verschlossen werden. Es soll nur deutlich werden, daß ein anderer Weg der Versöhnung von Umweltschutzanliegen und Ökonomie gefunden werden muß. Er muß darauf abzielen, das gewaltige Zugpferd der Ökonomie vor den Karren der Ökologie zu spannen und die Marktwirtschaft als Organisationsverfahren eines gesellschaftlichen Suchprozesses zu nutzen. Es müssen mit anderen Worten die Minderung der Umweltbelastung, die Energieeinsparung, die Wiederverwertung gebrauchter Waren und Abfälle oder das Vorantreiben des technischen Fortschritts im Bereich umweltfreundlicher Technologie ökonomisch interessant gemacht werden. Dies ist dann der Fall, wenn die eben angedeuteten Reaktionen kostensparender oder gewinnbringender Natur werden. Dazu muß man, soweit wie nur möglich, die Knappheit der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft preis-, kosten- oder gewinnwirksam werden lassen. Weiter muß gewährleistet sein, daß jene Betriebe oder Unternehmen, die schnell und kostengünstig ihre Umweltverschmutzung reduzieren können, dies auch tun.

Es handelt sich somit letztlich um ein Problem der Verhaltensbeeinflussung. Hat man nämlich eine Vorstellung von der wünschenswerten Umweltqualität (Immissionsnorm), muß man prüfen, wie man das einzelwirtschaftliche Emissionsverhalten so ändert, daß dieses (regional oder gesamtwirtschaftlich) angestrebte Ziel erreicht wird. Hierfür kennt die ökonomische Wissenschaft mehrere Instrumente.

Ein erstes ist die verbesserte Information und Beratung. Dieses Instru-

ment ist vor allem dann erfolgreich, wenn die angestrebten Umweltstandards auch im Interesse der Umweltnutzer sind. Dies kann nicht generell unterstellt werden. Ist die Berücksichtigung von Umwelanliegen nämlich mit persönlichen Einschränkungen des Lebensstandards verbunden und stellt der einzelne möglicherweise fest, daß andere sich nicht an die Ratschläge halten, unterbleibt in vielen Fällen die erhoffte Änderung des Emissionsverhaltens. Eine darum nur auf dem Umweltgütezeichen oder auf dem Appell an die Vernunft aufbauende Umweltpolitik ist wenig effizient.

Gebote und Verbote

Die praktische Umweltpolitik bedient sich darum bisher in starkem Maße der Gebote und Verbote. Besonders ausgeprägt findet sich eine derartige instrumentale Ausgestaltung in der Luftreinhaltepolitik der USA und Bundesrepublik Deutschland. Man spricht auch von einer Politik des sog. „Command and Control“ bzw. von einer Politik des individuellen Schornsteins. Eine solche Politik impliziert das Setzen von Emissionsnormen, d. h. das Festlegen von maximal zulässigen Eintragungen von Schadstoffen für einzelne Anlagen (gemessen als Schadstoffmenge pro Volumeneinheit Schadstoffträger – z. B. m^3 Abgas).

Gesetzliche Grundlage der deutschen Luftreinhaltepolitik ist z. B. das Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) sowie die für seine Umsetzung relevante technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) bzw. die sog. Großfeuerungsanlagen-Verordnung (GFAVo). Ihr Anliegen ist es, Luftverunreinigungen, d. h. Immissionen, die Schäden hervorrufen können, abzubauen bzw. ihr Entstehen vorbeugend zu verhindern. Zu diesem Zwecke legt man mindestens einzuhaltende Immissionsstandards sowie Emissions-Grenzwerte fest. Hierbei teilt man die Emissionsquellen (Anlagen) zumeist in verschiedene Teilkategorien (etwa Neu- und Altanlagen oder Anlagen oberhalb und unterhalb bestimmter Größenordnungen) auf und schreibt diesen neben den Emissionsgrenzwerten noch Restnutzungszeiten (etwa für problematische Altanlagen) oder den Stand der Technik vor. Dies verbindet sich mit einem äußerst komplexen und immer zeitaufwendigeren Genehmigungsverfahren, mit einem verwirrenden Nebeneinander von behördlichen Ermessensentscheidungen auf der einen und geringer Flexibilität der Vorschriften auf der anderen Seite sowie mit dem Risiko einer trotz Genehmigungserteilung nicht auszuschließenden (zeitlich nachgeschobenen) richterlichen Anordnung. Eine solche Politik bedeutet letztlich, daß jeder Anlagenbetreiber (entsprechend seiner Anlageneinstufung) nach Maßgabe seiner Emission in gleicher Weise behandelt wird und betroffen ist, und zwar, was die Kritiker dieser Vorgehensweise betonen, unabhängig davon, wie seine

Kosten der Emissionsvermeidung bzw. seine Beiträge zur Immission sind und ob diese Immission schon als schädlich eingestuft werden kann. Sie impliziert weiter, daß die Anlagenbetreiber bei Anlagengenehmigungen im Rahmen der zugelassenen Emissionen ein sog. „Verschmutzungsrecht“ zugewiesen bekommen, welches sie auch quasi kostenlos nutzen dürfen. Sie werden darum kaum einen ökonomischen Anreiz verspüren, auf die Ausschöpfung der ihnen derartig gewährten Rechte zu verzichten. Dies gilt auch dann, wenn ihre Anlagen als Altanlagen eingestuft werden und sie sich daher an weniger restriktive Emissionsgrenzwerte halten müssen.

Probleme der Auflagenpolitik

Eine derartig polizeirechtlich geprägte Umweltpolitik verspricht dort rasche Abhilfe, wo es um die sog. Gefahrenabwehr (etwa Abwehr gravierender gesundheitlicher Risiken) geht. Sie kommt auch dem Politikdurchsetzungsdenken der klassischen deutschen Administration in beachtlichem Maße entgegen. Sie verbindet sich jedoch auch mit Problemen, auf die neuerdings stärker hingewiesen wird.

Ein erster Vorwurf ist z. B. der Tatbestand der Kostspieligkeit. Die für alle Anlagen in gleicher Weise geltenden Vorschriften nehmen nämlich keine Rücksicht auf die von Anlage zu Anlage oder von Standort zu Standort divergierenden Kosten der zur Erreichung dieser Normen erforderlichen Maßnahmen. Ökonomisch wäre es daher durchaus sinnvoll, die Anlagenbetreiber mit günstigem Verlauf der Emissionsminderungskosten zu einem weitergehenden Abbau ihrer Schadstoffeinträge zu animieren, dafür aber bei den Anlagenbesitzern mit stark steigenden Kosten der Emissionsminderung Zugeständnisse zu machen.

Ein weiteres Problem bezieht sich auf die vermuteten negativen Auswirkungen einer derartigen Auflagenpolitik auf den umwelttechnischen Fortschritt. Im Rahmen einer derartigen instrumentalen Ausgestaltung der Umweltpolitik werden den Unternehmern nämlich verfahrensmäßige Vorschriften, d. h. die Anpassung an den sog. „Stand der Technik“ gemacht. Damit wird eine klassische unternehmerische Dispositionskomponente dem Unternehmensbereich entzogen und zur behördlichen Aufgabe deklariert. Dies mindert die Innovationsfreudigkeit der Anlagenbetreiber und bremst die Weiterentwicklung anderer und möglicherweise längerfristig interessanterer Verfahren zur Reduktion der Emissionen.

Schließlich kann auch ein wettbewerbsverzerrender Effekt auftreten. Die Politik des individuellen Schornsteins versucht nämlich, die spezifischen Anpassungsprobleme einzelner Anlagenbetreiber zu berücksichtigen. Dies geschieht über die Festlegung sog. Ausnahmereiche. Erscheinen manche Auflagen doch im Hinblick auf ältere Anlagen als wirtschaftlich

nicht vertretbar. Bei der Festlegung derartiger Ausnahmereiche besteht aber zumeist die Gefahr, daß die großen Altanlagenbetreiber gegenüber der Schar der kleinen und mittleren Unternehmen begünstigt werden. Dies führt zu einem unerwünschten Konzentrationseffekt.

Gemeinlastfinanzierung

Zu den Instrumenten der Verhaltenssteuerung zählen auch die finanziellen Anreize. Sie honorieren eine Anpassung von Produzenten oder Konsumenten an die Emissionsnormen bzw. die Durchführung von Umweltinvestitionen über Steuererleichterungen oder Zuschüsse. Typische Beispiele sind §§ 8 EStG, 79, 82, 82 a der EStDVO oder die kommunalen Investitionen im Bereich der Abwasser- und Abfallbeseitigung. Hier trägt dann die Allgemeinheit die Kosten der Emissionsminderung. Dies verlangt eine präzise Abgrenzung der Umweltinvestitionen, was in der Praxis nicht immer eindeutig möglich ist. Mitnahmeeffekte und ungewollte Subventionenwirkungen sind daher nicht auszuschließen. Sie begünstigen eine Erwartungshaltung, bei der jegliches umweltfreundliches Verhalten finanziell honoriert werden muß. Insbesondere steht eine derartige Vorgehensweise im Widerspruch zum sog. Verursachungsprinzip.

Umweltabgaben

Eine weitere und teilweise praktizierte Form (Abwasserabgabe) von Umweltinstrumenten stellen die sog. Abgaben dar. Mit ihnen gelangt ein sog. preislicher Hebel zum Einsatz. Zumindest steigen die Kosten bestimmter Produktions- und Emissionsverfahren. Derartige Abgaben haben primär den Charakter einer Lenkungssteuer, deren umweltpolitische Absicht eine weitgehende In-Rechnung-Stellung der Umweltschäden (Internalisierung der externen Effekte) mit der gewünschten Folge ist, daß derartige Umweltbeeinträchtigungen künftig nicht mehr entstehen oder zumindest vermieden werden. Dies geschieht über eine relative Verteuerung umweltschädigender Güter oder Verfahren, was eine Änderung der relativen Preise auslösen und damit umweltpolitisch angestrebte Anpassungsprozesse bewirken soll.

Die Abgabenslösung verbindet sich aber mit einigen grundlegenden Einwendungen, denen Rechnung getragen werden muß. Da ist zunächst einmal die schwierige Aufgabe der adäquaten Festlegung der Abgabenhöhe, was im Rahmen eines politischen Preissetzungsprozesses geschieht. Aufgrund der politischen Widerstände ist daher zu erwarten, daß die Abgabe zumeist unter dem erforderlichen Niveau liegt und die gewünschten Anpassungsreaktionen der Anlagenbetreiber unterbleiben. Daneben

ist zu berücksichtigen, daß Umweltabgaben teilweise im Widerspruch zum deutschen Steuerrecht stehen. Sie müssen daher spezifischen (umweltbezogenen) Finanzierungszwecken zugeführt werden. Damit entstehen in sich geschlossene Einnahmen-Ausgaben-Kreisläufe, die leicht Gefahr laufen, sich zu verselbständigen bzw. zum Quell sich verfestigender Subventionen zu werden. Daneben muß beachtet werden, daß Umweltabgaben erst dann greifen, wenn die Anreize groß genug sind, um Reaktionen auszulösen. Dies macht es unmöglich, das Instrument der Umweltabgaben für die Gefahrenabwehr einzusetzen. Man muß nämlich stets mit zeitverzögerten oder erst spät einsetzenden Reaktionen rechnen. Es darf daher nicht das fiskalische Interesse, d. h. die Steuereinnahme, sondern allein das Interesse an der Emissionsminderung im Vordergrund stehen. Letzteres ist gefährdet, wenn die Abgaben gezahlt oder ohne große Absatzeinbuße in die Preise überwältigt werden können.

Kontrollierter „Umwelthandel“

Diese kurze Problematisierung der gegenwärtigen instrumentalen Ausgestaltung der Umweltpolitik macht deutlich, daß es dringend erforderlich ist, über andere Wege der Lösung der umweltpolitischen Probleme nachzudenken. Dies gilt vor allem dann, wenn die Aufgabe der Gefahrenabwehr als relativ weitgehend erfüllt angesehen werden kann und künftighin stärker das Vorsorgeprinzip betont wird. Dann ist es möglich, sich um eine größere „Ökonomieverträglichkeit“ der Instrumente zu bemühen.

Hierbei rückt neuerdings die Forderung nach Einführung handelbarer Emissionslizenzen in den Vordergrund. Hier werden in Abhängigkeit von der angestrebten Umweltqualität verbrieft und handelbare Schadstoffeintragsrechte an die bisherigen Emittenten ausgegeben. Dies kann über eine Versteigerung oder (bei der Ersteinführung) über eine Zuteilung entsprechend bisheriger Emissionen (evtl. bei gleichzeitigem Abschlag) geschehen. Da diese verbrieften Rechte gehandelt werden können, entstehen Preise. In Abhängigkeit von den Preisen wird es nun für Unternehmer, die zu niedrigen Kosten ihre Emissionen mindern können, interessant, ihre Rechte gewinnbringend zu verkaufen. Damit entsteht ein ökonomischer Anreiz, Emissionen zu mindern bzw. die Umwelttechnologie voranzutreiben.

Dieses zuletzt genannte Konzept wird in modifizierter Form bereits (z. B. in den USA) angewandt. So definiert man einen bestimmten räumlichen Emissionsbereich (bubble oder „Glocke“ genannt) und legt für diesen eine maximale Emissionsmenge fest. Gleichzeitig überläßt man es den im Bereich ansässigen Anlagenbetreibern, vertragliche Vereinbarungen darüber zu erzielen, wo und wie einzelne Emissionsquellen stillgelegt oder im Hinblick auf ihren Schadstoffeintrag gebremst werden können. Die

Behörden können hierbei die Funktion eines Vertragsvermittlers übernehmen. Teilweise haben Emittenten, die vorpreschen, auch die Möglichkeit, Gutschriften zu erhalten, die sie später selbst nutzen oder an andere veräußern können.

Diese kurze Skizzierung ausgewählter Instrumente macht somit deutlich, daß die Reduzierung des Schadstoffeintrags durchaus ökonomisch interessant gemacht werden kann. Vor allem die zuletzt genannten Verfahren haben den Vorteil, daß sie den unternehmerischen Handlungsspielraum nicht über Gebühr (etwa durch Vorschreiben eines Verfahrens) einengen, sondern vielmehr den technologischen Suchprozeß (ohne Subventionen) vorantreiben und das Emissionsminderungsziel kostenminimal erreichen. Damit wird es durchaus denkbar, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen und die treibende Kraft der Ökonomie ohne große Systemveränderung zugunsten der Umwelt nutzbar zu machen.

Literaturhinweise

- Bahr, H.-E., Gronemeyer, R. (Hrsg.), Anders leben – überleben, Frankfurt a. M., 1978.
- Binswanger, H.-Chr., Geissberger, W., Ginsburg, Th. (Hrsg.), Wege aus der Wohlstandsfalle, Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltprobleme, Frankfurt a. M. 1979.
- Binswanger, Chr., Bonus, H., und Timmermann, M., Wirtschaft und Umwelt, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1981.
- Bühl, W. L., Ökologische Knappheit, Göttingen 1981.
- Die Grünen (Landesverband Bayern), Wahlplattform '82, München 1982.
- Die Grünen (Hrsg.), Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben, Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Bonn 1983.
- Die Grünen (Hrsg.), Das Bundesprogramm, 2. Aufl., o. O. u. J.
- Die Grünen (Baden-Württemberg), Programm zur Landtagswahl 1984, Stuttgart 1984.
- Gutzler, H. (Hrsg.), Umweltpolitik und Wettbewerb, Baden-Baden 1981.
- Hasenclever, W. D. u. C., Grüne Zeiten, Politik für eine lebenswerte Zukunft, München 1982.
- Huber, J., Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt a. M. 1982.
- Lutz, R. (Hrsg.), Sanfte Alternativen, Weinheim 1981.
- Maren-Grisebach, M., Philosophie der Grünen, München und Wien 1982.
- Möller, H., Osterkamp, R., Schneider, W. (Hrsg.), Umweltökonomik, Köln und Berlin 1982.
- Pohl, H. G. (Hrsg.), Saubere Luft als Marktprodukt, Shell-Umwelt-Symposium, Bonn 1983.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1978, Stuttgart und Mainz 1978.
- Rauscher, A. (Hrsg.), Alternative Ökonomie, Mönchengladbacher Gespräche, 4, Köln 1982.
- Rehbinder, E., u. Sprenger, R. U., Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit neuer Konzepte der US-amerikanischen Luftreinhaltepolitik in den Bereich der deutschen Umweltpolitik, Forschungsbericht Nr. 101 03 084 im Auftrag des Umweltbundesamtes, Frankfurt a. M. u. München 1983.
- Siebert, H., Analyse der Instrumente der Umweltpolitik, Göttingen 1976.
- Siebert, H. (Hrsg.), Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung, Darmstadt 1979.

Zur Person des Verfassers

Dr. rer. pol. Paul Klemmer, o. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bochum; Mitglied des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen.